

Die Idee des Bargeldverbots steht für eine irrsinnige Welt

Ein Verbot von Bargeld oder dessen Besteuerung wäre eine neue Eskalation der seit Jahren grassierenden finanziellen Repression. Der Widerstand gegen solche Ideen ist deshalb erheblich.

Michael Rasch 29.5.2015

Die Idee einer staatlich verordneten Abschaffung von Bargeld löst nicht nur bei Bürgern Empörung aus, wie viele Leserbriefe zeigen, sondern sorgt auch für deutliche Reaktionen von liberalen Ökonomen. Ernst Baltensperger, einer der profiliertesten Geldpolitiker der Schweiz, zeigte sich im Gespräch sehr skeptisch gegenüber solchen Vorstellungen. Für ihn hat die Diskussion zwei Aspekte. Erstens gebe es einen gesellschaftspolitischen, weil die Abschaffung der Anonymität von Bargeld zwar mit hehren Motiven wie der Bekämpfung illegaler Geschäfte, Schwarzarbeit oder Schwarzgeld begründet werde. Dies führe aber auch zum weiteren Verlust von Privatsphäre. Zweitens existiere der technokratische Aspekt der Geldpolitik, da einige Notenbanken gerne die Nullzinsbegrenzung bei der Zinssteuerung aufheben würden. Konkreter Anlass der jüngsten Diskussion seien jedoch eindeutig die gegenwärtigen Grenzen der Geldpolitik.

SNB prüft (fast) alle Optionen

Einige Zentralbanken, beispielsweise jene im Euro-Raum, in der Schweiz, in Dänemark und in Schweden, haben bereits negative Zinsen eingeführt. Würden diese stark ausgeweitet und würden die Geschäftsbanken sie an Privatkunden überwälzen, bestünde die Gefahr, dass Bürger ihr Geld von der Bank holen und es daheim in Tresoren lagern. Schlimmstenfalls könnte dies zu einem Bank-Run führen. Würde man Bargeld abschaffen, bliebe dieser Fluchtweg verwehrt, und Zentralbanken könnten ihr Negativzins-Regime hemmungslos ausweiten. Laut Baltensperger liegt die Grenze der Negativzinsen etwa in Höhe der Aufbewahrungs- und Versicherungskosten des Bargeldes. Ein Bargeldverbot, das seines Erachtens derzeit eher theoretisch erörtert wird, aber nicht wirklich zur Diskussion steht, würde heissen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Zudem weist Baltensperger darauf hin, dass Bargeld und Buchgeld keine homogenen Produkte, sondern imperfekte Substitute seien. Beide hätten ihre Vor- und Nachteile je nach Nutzung.

Die Diskussion über ein Bargeldverbot und die weitere Einschränkung der Benutzung oder die Besteuerung von Cash wurde jüngst von keynesianischen Ökonomen wie Kenneth Rogoff und Willem Buiter vorangetrieben. Der Harvard-Ökonom Rogoff wurde einem breiten Publikum durch seine Arbeiten zur Finanzkrise bekannt, und der Chefökonom der Citigroup, Buiter, arbeitete zuvor u. a. für die Bank of England. Beide traten vergangene Woche an einer Konferenz zum Thema «Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates» (Verschiebung der Nullzinsgrenze) in London als Hauptredner auf. Mitorganisiert wurde der Anlass von der Schweizerischen Nationalbank (SNB), deren stellvertretendes Direktoriumsmitglied Thomas Moser auch ein Referat hielt. Die SNB stellt die gehaltenen Vorträge der Öffentlichkeit allerdings nicht zur Verfügung.

Kurz und knapp heisst es von der SNB, die Nationalbank prüfe alle Themen auf theoretischer Ebene, die für die Geldpolitik relevant sein könnten. Die Abschaffung von Bargeld gehöre jedoch nicht dazu. In der Diskussion sind bei verschiedenen Zentralbanken Ideen wie die Einführung eines Wechselkurses zwischen Bar- und Buchgeld oder eine periodische Belastung von Bargeld mit einer Steuer in Höhe der Negativzinsen. Die Umsetzung von derlei Konzepten dürfte jedoch technisch schwierig sein und das Zahlungssystem komplexer und ineffizienter machen.

Für Lars Feld, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und einen der fünf Wirtschaftsweisen in Deutschland, spiegelt die Diskussion über ein Bargeldverbot auch die fehlende Kontrolle der Notenbanken über die Geldschöpfung, die im gegenwärtigen System primär über die Geschäftsbanken erfolgt. Von einer staatlichen Abschaffung des Bargeldes hält Feld nichts. Die Bürger hängen sehr am Bargeld. Selbst im staatsgläubigen Skandinavien, wo die Reduktion der Bargeldhaltung bereits weit fortgeschritten sei, wachse der Widerstand gegen eine vollständige Verdrängung des Bargeldes.

Befremdliche Überlegungen

Am schärfsten äusserte sich Thorsten Polleit: Es sei Unfug, zu behaupten, der gleichgewichtige Realzins einer Volkswirtschaft könne negativ sein oder werden. Laut dem heutigen Chefökonom von Degussa Goldhandel, der früher in gleicher Funktion bei Barclays Capital war, ist die Schuldenlast vieler Staaten und Banken erdrückend hoch, so dass an eine aufrichtige Begleichung nicht mehr zu denken sei. Liesse sich ein Negativzins durchsetzen, würde das helfen, die Schuldenlast zu senken. Allerdings würde niemand, der bei Sinnen ist, bei Negativzinsen noch sparen. Dann würde auch das Investieren aufhören. Ein Negativzins stehe für eine verkehrte, irrsinnige Welt und sei mit einer arbeitsteiligen, produktiven Wirtschaft nicht vereinbar.

Letztlich findet es auch Baltensperger befremdlich, dass es beim Staat bzw. bei Notenbanken Überlegungen gibt, das eigene Geld, das auch das gesetzliche Zahlungsmittel ist, steuerlich zu belasten oder gar abzuschaffen.